Aus den MfS-Akten der DDR zum Arbeitskreis Gerechtigkeit:

Ausgewählte Quartalseinschätzungen der Bezirksverwaltung Leipzig des Ministeriums für Staatssicherheit über den OV „Märtyrer“

Rainer Müller
ehemaliger Student am Theologischen Seminar Leipzig und Sprecher des Arbeitskreises Gerechtigkeit

Leipzig ◆ 2014

IFM-Archiv
Archiv der Initiative Frieden und Menschenrechte Sachsen e.V.

Hrsg.
Archiv der Initiative Frieden und Menschenrechte Sachsen e.V.
– IFM-Archiv –
[Erstveröffentlichung herausgegeben vom
Forschungszentrum zu den Verbrechen des Stalinismus
des IFM e.V. in Dresden 1992]

ifm-archiv [at] gmx.de

http://de.scribd.com/IFM_Archiv/documents
http://issuu.com/ifm-archiv

http://archive.org/details/1989_mfs-zum-akg_rainer-mueller

◆ Edition Kritik und Kreation ◆

Inhalt

BV für Staatssicherheit Leipzig
Abteilung XX

Leipzig, 14. Dezember 1988
XX/4/Gro/Lb

Q u a r t a l s e i n s c h ä t z u n g (IV/88)

- OV "Märtyrer", Reg.-Nr. XIII 728/87
- ein DDR-Bürger.
- §§ 106, 214, 217 und 218 StGB
- eingeführte IM: IMS "Fuchs"
  IMB "Maria"
- eingesetzte IM: IMB "Wilhelm"
- Operativplan vom: 12. 08. 1988

Im Berichtszeitraum kam es zu einer weiteren Verstärkung der konfrontativen "Aktionen" des Verdächtigen, wobei er als Inspirat und Organisator von feindlich-negativen und demonstrativen Handlungen zielstrebig öffentlichkeitswirksam auftrat, um insbesondere andere Personen zu feindlich-negativen Handlungen gegenüber der sozialistischen Gesellschaft zu inspirieren.
Erneut konnte nachgewiesen werden, daß er die feindlichen Plattformen des politischen Untergrundes mitträgt und versucht umzusetzen und dabei eng, koordiniert und abgestimmt mit überregional wirkenden PUT-Exponenten innerhalb der DDR zusammenarbeitet.
Darüber hinaus wurden operativ bedeutsame Verbindungen in das NSW sowie Kontakte zur sogenannten "Charta 77" in der CSSR herausgearbeitet.

Die o. g. Einschätzung kann durch nachfolgende wesentliche operativ bedeutsame und relevante Handlungen des Verdächtigen belegt werden:

- Während des "Friedensgebetes" am 26. 09. 1988 verteilte M. mit weiteren Personen Mundtücher mit der Aufschrift "REDEVERBOT" und trug in der Nikolaikirche selbst solch ein Tuch. Hiermit soll gegen den Beschluß des Kirchenvorstandes von St. Nikolai, zur Durchführung der "Friedensgebete" protestiert werden.

- Am 29. 09. 1988 fand im ThSL eine sogenannte "Anhörung" der Unterzeichner und Verteiler des "Offenen Briefes" (vom 03. 09. 1988 statt. Dabei wurde dem M. durch den Rektor des ThSL ein Verweis ausgesprochen und mit seiner Entlassung gedroht.

- Nach dem "Friedensgebet" am 03. 10. 1988 rief der M. vor der Kirche auf, am 04. 10. 1988 nach Zwickau zu fahren, da die Eröffnung einer "Umweltbibliothek" durch staatliche Stellen dort unterbunden werden soll. Die operative Kontrolle am 04. 10. 1988 in Zwickau ergab, daß der M. selbst nicht dorthin gereist ist. Außerdem trug er während der Veranstaltung am 03. 10. 1988 erneut das Mundtuch "REDEVERBOT" in der Nikolaikirche.

- Vom 6.— 8. 10. 1988 fand in Leipzig die "V. Vollversammlung des AKSK" statt, an welcher M. als Teilnehmer teilnahm.

- Während des "Friedensgebetes" am 10. 10. 1988 in der Nikolaikirche Leipzig trug M. mit mehreren Personen wiederrum das Mundtuch "REDEVERBOT". Im Anschluß an die Veranstaltung trat M. erneut auf dem Kirchenvorplatz als Wortführer in Erscheinung. Er verlaß unter dem Beifall der Anwesenden eine Protesterklärung der Berliner Initiativgruppe "Frieden und Menschenrechte" zur Rumänienproblematik. Darin wurde aufgefordert, soziale Hilfe zu leisten und nicht dem Ceausescus-Orden zu schenken. Des weiteren forderte er zum Besuch der "Umweltbibliothek" in Zwickau und Berlin auf und teilte Veranstaltungstermine mit. Letztendlich informierte er darüber, daß seine Berliner Freunde am 10. 10. 1988 um 16.00 Uhr eine "Protestdemonstration" zum Presseamt beim Ministerrat begonnen haben, um damit gegen die staatliche Zensur kirchlicher Presseerzeugnisse aufzutreten.

- Am 11. 10. 1988 wurde M. als Teilnehmer des USE-Treffens im sogenannten "Kadenkreis" identifiziert.

- Nach dem"Friedensgebet" am 17. 10. 1988 erfolgte eine Unterschriftensammlung durch M. und weitere Personen unter einen Brief, gerichtet an den Staatssekretär für Kirchenfragen Gen. Löffler, in welchem die Aufhebung der Zensur kirchlicher Presseerzeugnisse gefordert wird.
Auf dem Kirchenvorplatz wurde durch Holicki, Axel und Müller dieser Brief verlesen und aufgefordert, persönliche Eingaben zu schreiben. Darüber hinaus informierte Müller über den Verlauf des rechtswidrigen "Schweigemarsches" feindlich-negativer Kräfte in Berlin und über die erfolgten Zuführungen. Gleichzeitig kündigte er an, daß für den 24. 10. 1988 in Berlin ein erneuter Marsch geplant sei.

- Am 24. 10. 1988 trat M. während des "Friedensgebetes" in der Nikolaikirche und im Anschluß auf dem Vorplatz mit weiteren Personen als Träger von Plakaten in Erscheinung. Das selbstgefertigte Plakat von Müller hatte folgenden Text: "Wir mahnen, an die zu denken, die gehen mußten". Von den Plakatträgern wurde ein Brief verlesen, in welchem sie gegen die staatlichen Maßnahmen gegenüber ÜSE, gegen die Ablehnung der Bildung eines "Kommunikationszentrums" (KOZ) in Leipzig und für die Unterstützung der ÜSE durch die Kirche protestierten.

12

Am 26. 10. 1988 wurden die Plakatträger in der Abt. IX der BV Leipzig gemäß § 95 StPO befragt. Im Ergebnis der Befragung wurde gegen Müller auf der Grundlage der OWVO gemäß § 4 Absatz 1 ein Ordnungsstrafverfahren eingeleitet und mit einer Ordnungsstrafe in Höhe von 500,00 Mark am 18. 11. 1988 gegen Müller abgeschlossen.
Von den o. g. Befragungen der Plakatträger informierte der M. am 27. 10. 1988 den Sup. Magirius, den Jugendpfarrer Klaus Kaden und die Poppe, Ulrike (OV "Zirkel", HA XX/9) in Berlin.
Am 27. 10. 1988 fand bei Rudolph, Thomas eine Zusammenkunft von ca. 20 Personen statt, in welcher ein Protestschreiben gegen die o. g. staatlichen Maßnahmen verfaßt wurde. An dieser Beratung nahm M. ebenfalls teil.

- Vom 28. 10. - 30. 10. 1988 nahm M. am Treffen von Vertretern kirchlicher Umweltgruppen im evangelischen Jugendheim Hirchluch/ Bez. Frankfurt/Oder, an welchem sich ca. 50 Personen aus allen Bezirken der DDR beteiligten, teil.
  Inhaltlich wurden Festlegungen zur weiteren "Vernetzung"/Zusammenarbeit der Umweltgruppen durch den Leiter des Kirchlichen Forschungsheimes, Pfarrer Dr. Gensichen, getroffen.
  Gleichzeitig mit der Anmeldung zu dem o. g. Treffen teilte der M dem Gensichen mit, daß es im Kirchenbezirk Borna eine neue Umweltgruppe in Kohren-Sahlis gibt, welche unter Leitung seines Kontaktpartners Michael Heinig (erfaßt KD Geithain) steht.
  (siehe dazu Op.-Ifo. Nr. 137/88 vom 08. 11. 1988).

- Ein engeres Zusammenwirken des M. wurde zu der Hans, Petra (OV "Magdalena"/KD Altenburg) herausgearbeitet. Beide stimmen regelmäßig Termine und Aktivitäten ab. U. a. unterstützt der M. die Altenburger Umweltgruppe durch Bereitstellung von Ausstellungen und mit Untergrundmaterialien. Am 23. 10. 1988 wurde in diesem Zusammenhang bekannt, daß der M. die Hans aufforderte, die "Wittenberger Thesen" von Pf. Schorlemmer zu verbreiten. Außerdem plant M. eine Eingabe an die Bezirkssynode zu schreiben und darin die Einrichtung einer Stelle für "Umweltbeauftragte" zu fordern. Für diese Stelle will er sich dann auch bewerben.

- Am 31. 10. 1988 nahm M. an der Veranstaltung in der Lukaskirche Leipzig zum Thema "Sozialer Friedensdienst" teil. Nach der Veranstaltung begab er sich gegen 23.00 Uhr mit weiteren Personen des AK "Gerechtigkeit" in den Leipziger Hauptbahnhof zur Verabschiedung eines ÜSE. Dabei äußerte Müller erneut, daß ständig neue "Aktionen" folgen müssen und immer wieder Demonstrationen durchgeführt werden sollten.

- Während der "Friedensdekade 1988" nahm der Verdächtige an den "Friedensgebeten" am 06./07./08./09. und 10. 11. 1988 in der Nikolaikirche Leipzig teil.
  Dabei wurde am 06. 11. 1988 die gemeinsame Erklärung der Initiativgruppe "Leben" und des AK "Gerechtigkeit" vom 26. 10. 1988 verlesen, in welcher gegen die Zuführungen der Mitglieder der Basisgruppen protestiert wird und dies als ein Versuch der Kriminalisierung und Einschüchterung durch den Staat bewertet wird.

An der Erarbeitung dieser Erklärung war auch der Müller beteiligt. Ebenso an Unterschriftensammlungen unter diese Erklärung. Zum "Friedensgebet" am 09. 11. 1988 wurde durch Müller und weitere Mitglieder des AK "Gerechtigkeit" während und nach der Veranstaltung zum 50. Jahrestag der Pogromnacht selbstgedruckte A-4-Hetzzettel mit dem Titel "Initiative zur gesellschaftlichen Erneuerung der DDR" verteilt. Im Anschluß fand unter Mißbrauch des Gedenktages eine organisierte Personenbewegung von der Nikolaikirche zum Gedenkstein in der Gottschedstraße statt. Dabei wurden weitere Hetzzettel verteilt und Kerzen am Gedenkstein abgestellt. (Zur Klärung dieser öffentlichkeitswirksamen feindlich-negativen Handlung wurde eine zeitweilige Arbeitsgruppe in der Abt. XX gebildet, mit dem Ziel, der Erarbeitung von Beweisen gemäß § 106 StGB zu dem Verdächtigen Müller und weiteren Personen.)
Zum"Friedensgebet" am 10. 11. 1988 versuchten erneut die Mitglieder des AK "Gerechtigkeit" unter erneuter Mitwirkung des M., einen "Schweigemarsch" durch die Leipziger Innenstadt zu organisieren. Dazu wurden in der Kirche Kerzen verteilt und über 100 Personen begaben sich mit den brennenden Kerzen auf den Kirchenvorplatz, wo gemeinsam Lieder gesungen wurden. Durch den offensiven Einsatz der eingesetzten operativen Kräfte konnte der geplante Marsch verhindert werden.

Im Anschluß an die o. g. Veranstaltung fuhr Müller gemeinsam mit dem Schwabe, Uwe (erfaßt KD Leipzig-Stadt) am 10. 11. 1988 nach Altenburg, wo beide im Rahmen der "Friedensdekade" einen Vortrag zum "Sozialen Friedensdienst" und zur Lage in der VR Rumänien hielten.

- Von Altenburg aus fuhr der Verdächtige in die CSSR mit dem Zug nach Prag, um am Treffen der Untergrundkräfte der sogenannten "Charta 77" in der Zeit vom 11. 11. - 13. 11. 1988 teilzunehmen. Bisher konnte zu dieser operativ bedeutsamen Verbindung in die CSSR folgendes erarbeitet werden:

  . Am 07. 10. 1988 fand in Leipzig um 19.00 Uhr am Bach-Denkmal (Thomaskirche) eine organisierte Zusammenkunft von ÜSE statt. Dort wurde der Müller, Rainer durch eingesetzte operative Mitarbeiter sowie durch unterzeichnenden Mitarbeiter persönlich als Teilnehmer festgestellt. Diese ÜSE-Zusammenkunft löste sich in der Zeit von 20.40 - 21.00 Uhr auf. Die Einladung zu dieser Zusammenkunft erfolgte mittels kleiner Handzettel, die während eines Friedensgebetes in der Nikolaikirche Leipzigs verteilt wurden. Hierin erfolgte die Aufforderung zu einem Treffen anläßlich "des 1. Geburtstages von Willi".
  Aus einer Information der Abt. 26/A ("Idealist" - Anschluß des Holicki, Axel) vom 07. 10. 1988 um 20.45 Uhr wurde bekannt:

  Rainer Müller spricht mit einer weiblichen Person in Prag (Tel.-Nr. 371154) in englischer Sprache. Die sinngemäße Übersetzung hat folgenden Wortlaut: Ich wollte euch berichten über die Geburtstagsfeier. Im November werde ich euch noch schreiben und mit zwei Freundinnen euch besuchen.
  (Zur Identifizierung des Prager Telefonanschlusses wurde ein Fernschreiben an die Abt. X nach Berlin geschickt.)

- Am 11. 11. 1988 informierte der Gen. Brandt/KD Köpenick um 16.45 Uhr, daß vor ca. 1/2 Stunde Rainer Müller versucht hat, aus Prag telefonisch die Verbindung zum Mitglied der Berliner Initiative "Frieden und Menschenrechte" Peter Grimm (OV "Robert") herzustellen. Grimm war jedoch nicht anwesend.
Laut IMB "Maria" (Abt. XX), Information vom 12. 11. 1988, befindet sich Rainer Müller seit dem 10. 11. 1988 in Prag.
Entsprechend einer Information der Abt. 26/A zu "LUKAS" vom 13. 11. 1988 um 23.15 Uhr informiert ein Herr Seifzer den Rudolph, Thomas, welcher sich bei Pfarrer Wonneberger aufhält, daß der Rainer Müller auf dem Weg nach Hause ist. Darüber hinaus informierte er den Rudolph über die Zuführungen in Prag und daß der Vaclav Habel noch inhaftiert ist.
Aus einer Information der Abt. 26/A vom 14. 11. 1988 um 19.00 Uhr geht hervor, daß Rainer Müller sich bei der Silke Krasulski (erfaßt KD Borna) aus Prag zurückmeldet.

Zu dem Aufenthalt im Prager Gastquartier wurde inoffiziell erarbeitet, daß Müller am 14. 11. 1988 in der Wohnung des Läßig, Jochen (erfaßt Abt. XX) darüber berichtete. So nahm er in der CSSR die Hetzzettel "Initiative zur gesellschaftlichen Erneuerung der DDR" mit und übergab diese seinem Quartiergeber sowie einem anwesenden Vertreter der "Grünen" aus der BRD und einem Vertreter aus den Niederlanden.
(Am 24. 11. 1988 wurde zu der Verbindung des Verdächtigen in die CSSR eine Operativinformation an den Leiter der HA XX/9, Gen. Oberst Reuter, zur Überprüfung bei den Sicherheitsorganen der CSSR übersandt.)

- Zum sogenannten "Tag für Espenhain" am 13. 11. 1988 in der "Reformiertenkirche" in Leipzig nahmen 4 Vertreter des Westberliner "Öko-Dorfes" teil. Die Einladungen hierzu erfolgten durch den Quester, Roland und durch den Verdächtigen. Bei den von Müller eingeladenen Personen handelte es sich um

  K l a f f k e , Eckart
  geb. 15. 09. 1956
  wh. in Westberlin,
  Argentinische Allee 20

  W e n k , Hans-Joachim
  geb. 13. 04. 1962
  wh. in Westberlin,
  Hautstraße 146.

Der Klaffke führte bei der Einreise in die DDR Dias von Mülldeponien der DDR sowie der BRD (Gorleben und Wackersdorf) mit, welche er auch zu der o. g. Veranstaltung zeigte. In ihrem Auftreten orientierten sie auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Umweltgruppen in der DDR.

- Seit dem 14. 11. 1988 gibt es durch den AK "Gerechtigkeit", unter Mitwirkung des Müller, verstärkte Aktivitäten zur Verbreitung eines "DDR-weiten Aufrufes" zur Vorbereitung und Durchführung eines "DDR-weiten Aktionstages" für den 27. 11. 1988. Es wurde erreicht, daß 6 Leipziger Basisgruppen diesen Aufruf unterschrieben. Inhaltlich geht es in dem Aufruf um feindlich-negative Forderungen zur Veränderung der sozialistischen Bildungspolitik. Als Vorwand wird hierbei die Relegierung von 4 Berliner EOS-Schülern genommen. Dabei verfolgen sie das Ziel, eine breite Solidarisierungsbewegung auszulösen, um damit den sozialistischen Staat unter "Druck" zu setzen und letztendlich zu erpressen. In Vorbereitung auf diese "Aktion" fanden am 19. 11. 1988 in Leipzig mehrere konspirative Treffen von feindlich-negativen Kräften statt. Streng intern wurde erarbeitet, daß an einer Zusammenkunft in der Wohnung des Rudolph, Thomas (erfaßt Abt. XX) und im Anschluß in der Wohnung des Müller die PUT-Exponenten

  Werner Fischer
  (erfaßt HA XX/9)

  Till Böttcher

  und Peter Grimm
  (erfaßt KD Köpenick)

  teilnahmen.

  Nach dem am 20. 11. 1988 in der Berliner Erlöserkirche mitgeteilt wurde, daß die Relegierungen der EOS-Schüler durch die staatlichen Organe nicht zurückgenommen sind, erfolgte die Aufforderung zur Auslösung der "DDR-weiten Aktion". Aus diesem Grunde wurde am Rande des "Friedensgebetes" am 21. 11. 1988 in der Nikolaikirche Leipzig der "Aufruf" verteilt. Nach dem "Friedensgebet" konstituierte sich ein "Vorbereitungskreis" unter Leitung der Brigitte Moritz (erfaßt Abt. XX). Auch der Müller wurde in den "Vorbereitungskreis" aufgenommen. Es wurde beschlossen, am 27. 11. 1988 einen "Aktionstag" durchzuführen. Die Veranstaltung soll in der Zeit von 14.00 - 18.00 Uhr in der ESG Leipzig stattfinden.

Zur Disziplinierung des Verdächtigen wurden im Berichtszeitraum erneut mehrere innerkirchliche Aussprachen im Zusammenhang mit dem Auftreten des M., insbesondere nach den "Friedensgebeten" (u. a. Auftreten als Wortführer, Verteilen von Pamphleten, Tragen von Mundtüchern), durch den Rat des Bezirkes Leipzig mit kirchlichen Amtsträgern und mit dem Rektor des ThSL geführt. In deren Ergebnis distanzierten sich die kirchlichen Amtsträger deutlich von den Aktivitäten des M. und nahmen weiterhin Einfluß auf M. Diese Maßnahmen zeigten jedoch nur geringe Wirkung, auf Grund der unbelehrbaren und verfestigten Haltung des Verdächtigen.
Im Oktober 1988 wurde M. für ein Jahr vom Studium beurlaubt und geht seit dieser Zeit keiner Tätigkeit nach.

28958

BV für Staatssicherheit
Abteilung XX

Leipzig, 30. März 1989
4/gro-tr

Quartalseinschätzung I/89

- OV "Märtyrer", - Reg.-Nr. XIII 728/87
- ein DDR-Bürger —
- §§ 106, 214, 217 und 218 StGB
- eingeführte IM: IMS "Fuchs"
  IMB "Maria"

  eingesetzte IM: IMB "Wilhelm"
- Operativ-Plan vom 12.08.1988

Im Berichtszeitraum forcierte der Verdächtige seine Angriffe, vorwiegend in provozierender konfrontativer Form gegenüber der sozialistischen Gesellschaft in der DDR. Er identifiziert sich mit den feindlichen und oppositionellen Plattformen des politischen Untergrundes und arbeitet bei deren Umsetzung koordiniert, planmäßig und abgestimmt mit regional und überregional wirkenden PUT-Exponenten innerhalb der DDR zielstrebig zusammen. In zunehmender Weise wendet der Verdächtige konspirierende Mittel und Methoden an und stimmt unter Anwendung dieser Arbeitsweise Pläne und Absichten, insbesondere mit oppositionellen Kräften in der CSSR, kontinuierlich ab.
Erneut konnte nachgewiesen werden, daß er als Inspirator und Organisator von feindlich-negativen und demonstrativen Handlungen zielstrebig auf öffentlichkeitswirksame Aktivitäten hinwirkt, um insbesondere weitere Personen zu feindlich-negativen Handlungen gegenüber der sozialistischen Gesellschaft zu inspirieren. Diese ständigen Aktionen und "Unruhen" in der DDR, welche zum Teil im Zusammenwirken mit Journalisten und Korrespondenten aus der BRD/WB und unter maßgeblicher Einflußnahme und Unterstützung von ehemaligen DDR-Bürgern organisiert werden, sollen

1. den internationalen Druck auf die DDR erhöhen und somit die Durchsetzung der Parteipolitik der DDR stören
und

2. das Vorhandensein einer starken "inneren Opposition" in der DDR vorspiegeln.

Hierbei konzentriert sich der Verdächtige mit seinen Angriffen, vorwiegend im Zusammenwirken mit den operativ-bekannten PUT-Kräften

- Rudolph, Thomas (erf. XX/9) und
- Oehler, Bernd (erf. XX/4)

und mit Mitgliedern der Berliner Initiative "Frieden und Menschenrechte", auf angebliche Verletzungen der Schlußakte von Helsinki und der Dokumente des KSZE-Nachfolgetreffens von Wien, durch die DDR.
Schwerpunkte bilden dabei:

- sog. Menschenrechtsverletzungen
- Antragsteller auf ständige Ausreise
- Bildungs- und Sozialpolitik
- Umweltschutz/Kernenergie
- sozialistische Demokratie und soz. Recht
- Wehrdienst

Die o. g. Einschätzung kann durch nachfolgende wesentliche operativ-bedeutsame und relevante Handlungen des Verdächtigen belegt werden:

- In der Zeit vom 02. - 04.12.88 nahm der Verdächtige gemeinsam mit Rudolph, Thomas am "Menschenrechtsseminar" im Rüstzeitheim in Warin/Kreis Sternberg, welches durch die Arbeitsgruppe "Frieden" der ELLKM's organisiert wurde, teil.

- Am 17.12.88 nahm M. an einer konspirativen Zusammenkunft im Theologischen Seminar in Leipzig teil. Teilnehmer waren u. a. Rudolph, Thomas, Eigenfeld, Katrin und Frank/Halle und Grimm, Peter/Berlin. Schwerpunkt der Beratung bildete die Initiative, laut Flugblatt vom 10.12.1988, zur Gründung einer "Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte in der DDR". M. verkaufte an die Teilnehmer eine Vielzahl von Untergrundmaterialien.

- Im Dezember 1988 wurde eine Briefsendung durch die Abteilung M des MfS Berlin festgestellt. Unter Verwendung der Deckadresse (Fahndung und Erfassung wurde eingeleitet)

  Weiß, Almut
  Landwaisenhausstr. 6
  Leipzig
  7033

wurde darin Material des politischen Untergrundes aus der CSSR an den Verdächtigen geschickt. Bei dem Material handelt es sich um einen Situationsbericht vom 29.10.1988 des politischen Untergrundes der CSSR sowie um eine Erklärung der "Demokratischen Initiative" vom November 1988.
Aus dem persönlichen Brief geht hervor, daß der Verdächtige persönliche und postalische Kontakte zu den PUT-Exponenten der CSSR und Mitgliedern der "Demokratischen Initiative" Stindel, Karel und Dolezal, Bohumil aus Prag unterhält.
Darüber hinaus wurde durch eine Information der Sicherheitsorgane der CSSR der Prager-Verbindungsmann (Telefon 37 11 54) von "Märtyrer" personifiziert.
Dabei handelt es sich um:

Dejmalova, Katerina und
Dejmal, Ivan
Prag 7, Kamenicka 45.

Dejmal, Ivan ist Unterzeichner der "Charta 77" und Mitglied des ökologischen Ausschusses der "Charta 77". Außerdem gehört er zu den engen Mitarbeitern des Unterzeichners der "Charta 77" Petr Uhl.
Dejmal wurde bereits wegen antisozialistischer Feindtätigkeit zu einer Freiheitsstrafe verurteilt, aufgrund seiner Aktivitäten in den siebziger Jahren, als Mitglied der illegalen Organisation "Bewegung der revolutionären Jugend". Derzeit versucht er mit weiteren Unterzzeichnern der "Charta 77", wie z.B.

Mareckova, Lenka
Prag 3, Ripska 13

und

Palous, Martin
Prag 2, Jecna 7

seine Tätigkeit in der sog. ökologischen Bewegung in Bezug auf die DDR, VRP, UVR und Österreich zu internationalisieren. Dazu sollen illegale ökologische Seminare mit internationaler Beteiligung aus o. g. Ländern dienen.

- Am 03.01.89 nahm M. am Treffen der Leipziger Basisgruppen im Jugendpfarramt in Leipzig teil, wo weitere Aktivitäten für 1989 beraten wurden.

- Am 09.01.89 nahm M. an der Beratung des Vorbereitungskreises zum "II. Pleißemarsch" im kathol. Bonifaciushaus Leipzig teil. Dabei äußerte M- gemeinsam mit Radicke, Andreas die Absicht, für diesen Marsch ein Informationsblatt sowie Handzettel zur Verteilung herzustellen.

- Der Verdächtige beteiligte sich mit weiteren Personen in der Nacht vom 11. zum 12.01.89 an einer Flugblattaktion im Leipziger-Stadtgebiet. Dabei wurde in dem Flugblatt, mit dem Titel "Aufruf an alle Bürger der Stadt Leipzig", zu einer nichtgenehmigten Zusammenkunft für den 15.01.89 um 16.00 Uhr auf dem Markt in Leipzig aufgefordert.
  In diesem Zusammenhang erfolgte am 13.01.89 die Zuführung des Verdächtigen in die UHA des MfS Leipzig und die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gemäß § 214 (1) und (3) StGB.
  Die Verteidigung des M. übernahm Rechtsanwalt Schnur, Wolfgang.
  Während der Untersuchungshaft war der Verdächtige als einziger Beschuldigter nicht aussagebereit und nicht geständig.
  Aufgrund einer zentralen politischen Entscheidung erfolgte die Einstellung der Ermittlungsverfahren auf der Grundlage des § 25 Ziffer 2 StGB und gemäß § 148 (1) 3 StPO sowie am 19.01.89 die Entlassung aus der Untersuchungshaft.
  Im Rahmen der Untersuchung der o. g. öffentlichkeitswirksamen Aktion und der dazu inoffiziell erarbeiteten Erkenntnisse wurde erneut das abgestimmte Zusammenwirken mit PUT-Exponenten in der DDR und mit westlichen Journalisten durch die Mitglieder des AK "Gerechtigkeit" herausgearbeitet und nachgewiesen.
  Am Abend des 19.01.89 fand dann bei M. in der Wohnung eine Zusammenkunft aller "Inhaftierten" statt. M. äußerte dabei: "Ich bin enttäuscht, daß die Freilassung erfolgte. Somit ist der Schaden für die DDR nur gering!"

- Am 20.01.89 nahm M. in der Markusgemeinde Leipzig an einem "Fürbittgottesdienst", gemeinsam mit allen freigelassenen Flugblattverbreitern, teil. In Anwesenheit von Rechtsanwalt Schnur sowie den Mitgliedern der Initiative "Frieden und Menschenrechte" Berlin, Fischer, Werner und Grimm, Peter verabschieden die Teilnehmer eine "Erklärung der von den Verhaftungen betroffenen Gruppen". Darin wird eine aktive Solidarität und die Einstellung der Ermittlungsverfahren gefordert. Außerdem wird unterstellt, daß durch den Staat versucht wird "die Arbeit von gesellschaftlich und politisch engagierten Gruppen zu kriminalisieren".

- Im Auftrag der "Betroffenen" verliest Arnold, Michael während des "Friedensgebetes" am 23.01.89 in der Nikolaikirche Leipzig eine gemeinsame Erklärung, in welcher sie sich zur Flugblattaktion bekennen und ihren Willen bekunden, trotz laufender Ermittlungsverfahren so weiter zu arbeiten. Diese Erklärung ist auch durch M. unterzeichnet. (liegt in der DE vor)
  Nach dem "Friedensgebet" finden vor der Moritzbastei in Leipzig Fernsehaufnahmen mit den "Betroffenen" durch das ARD statt. Die Ausstrahlung dieser Aufnahmen erfolgte am 25.01.89 im ARD in der Sendung "Brennpunkt".

- Am 25.01.89 gab es in der Wohnung des M. ein Treffen mit den Herausgeber der Eilenburger Untergrundzeitung "Unkraut" Rafalski, Michael/KD Eilenburg.
  Während dieser Zusammenkunft informierte der Verdächtige ausführlich über die Ereignisse um den 15. Januar 1989 in Leipzig. Hierzu erschien dann ein 4-Seiten Artikel im Heft "Unkraut".
  Intern konnten zu dem Treffen weiterhin folgende Meinungen des Verdächtigen erarbeitet werden:

  . Das solche "Aktionen" überhaupt möglich sind, begründete M. damit, daß die staatlichen Organe, insbesondere das MfS, zu unflexibel sind, solche "Ereignisse" bereits im Vorfeld zu verhindern. Deshalb soll es auch in Zukunft solche "Aktionen" geben, wobei aus Erfolgsgründen Wiederholungen in der Art und Weise der Durchführung vermieden werden sollen und deshalb ständig neue Ideen gefragt seien. Als Zielstellung formulierte M., daß es ihm darum gehe, eine möglichst große Anzahl von Bürgern in Bewegung zu setzen, um die Opposition in der Gesellschaft zu stärken. Desweiteren bot M. an Vorträge im Rahmen von Gemeindeveranstaltungen zu seinen politischen Zielen und entsprechenden "Aktionen" zu halten. Schwerpunktaktionen in Leipzig sind u. a. nach Angaben von M.

    . der "II. Pleißemarsch" am 04.06.89 und

    . ein "Straßenmusikfest" am 10.06.89.

- Am 27./28.01.89 nahm M. am "Basisgruppentreffen" der Landeskirche Sachsen in Karl-Marx-Stadt teil.
  Hierbei trat er mit weiteren Leipziger Personen für einen "Markt der Möglichkeiten" für Basisgruppen zum Kirchentag 1989 in Leipzig auf.

- Am Rande des "Basisgruppentreffens" fand am 27.01.89 in der Zeit von 21.00 - 01.00 Uhr eine interne Veranstaltung "Nachtclub" in der Pauli-Kreuz-Kirche Karl-Marx-Stadt statt- Hieran nahmen aus Leipzig der Verdächtige sowie

    . Walther, Kathrin,

    . Oehler, Bernd,

    . Rudolph, Thomas und

    . Richter, Frank

  teil. Die Veranstaltung wurde durch den Studentenpfarrer Vogel, Hans-Jochen (BV KMSt, Abt. XX) organisiert und geleitet. Rudolph, Oehler und Müller informierten über das Anliegen der Demonstration vom 15.01.89 in Leipzig und verlasen ein Gedächtnisprotokoll der dort verlesenen Rede.

Als Ziel der Aktion bezeichneten sie, die Menschenrechte auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit in Anspruch zu nehmen. Außerdem verteilten sie an die Anwesenden eine Vielzahl von Untergrundmaterialien.

- Am 01.02.89 um 18.00 Uhr nahm M. an einer Zusammenkunft bei Pfarrer Wonneberger teil, wo weitere Aktivitäten abgestimmt wurden.

- Am 06.02.89 nahm M. am "Friedensgebet" teil und am 07.02.89 war er Teilnehmer an der Beratung des AK "Gerechtigkeit" in der Wohnung des Förster, Joachim.

- Am 08.02.89 beteiligte sich M. an der Eröffnung der "Gemeindebibliothek" in der Markusgemeinde Leipzig, welche auf Initiative des Trägerkreises des "KOZ" entstand.

- In der Markuskirche Leipzig fand am 10.02.89 eine Veranstaltung des AK "Gerechtigkeit" zum Thema "Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung" unter Leitung von Mehlhorn, Ludwig statt, an welcher der Verdächtige ebenfalls teilnahm.

- Inoffiziell wurde herausgearbeitet, das M. mit weiteren Leipziger Personen am 13.02.89 in Dresden zur Gedenkveranstaltung und Kundgebung anläßlich des Jahrestages des Bombenangriffes weilte. Dabei trug er während des Marsches ein Transparent. Versuchen von Sicherheitskräften, ihn aus dem Demonstrationszug herauszulösen, entzog er sich, in dem er verschwand.
  Nach der Rückkehr nach Leipzig kritisierte Rudolph dieses Verhalten des Verdächtigen. Rudolph hatte nach seinen Angaben extra einen westlichen Journalisten nach Dresden geschickt und deshalb wäre es besser gewesen, wenn es Zuführungen gegeben hätte.

- Am 15.02.89 nahm M. am Treffen des Trägerkreises des "KOZ" gemeinsam mit Ludwig, Andreas; Moritz, Brigitte und Jankowski, Martin teil.

- Am 16.02.89 fand um 15.00 Uhr eine Beratung des AK "Gerechtigkeit" in der Wohnung des Verdächtigen statt. Im Anschluß, gegen 19.00 Uhr, nahm M. an der "Einzugsfete" bei Oehler, Bernd teil.

- Zur Beratung des AKSK/Regionalgruppe Leipzig am 15.02.89 wurde durch Oehler, Bernd vorgeschlagen zu den Ereignissen in der CSSR ein Protestschreiben zu entwerfen.
  In der Wohnung des M. erfolgte am Abend des 17.02.89 die Formulierung des Briefes.

Daran waren die Personen
. Oehler, Bernd (erf.BV Lpz., XX/4)
. Müller, Rainer (erf.BV Lpz.,XX/4)
. Dietrich, Christian (erf.BV Lpz.,XX

(Brief siehe Anlage) beteiligt.

Durch Rudolph, Thomas erfolgte im Anschluß die Information an weitere Basisgruppen in Leipzig und weiteren Orten innerhalb der DDR. Bis zum 22.02.89 um 12.00 Uhr sollte die Rückmeldung der Gruppen an Rudolph erfolgen. 19 Gruppen aus der DDR unterzeichneten diesen Brief.
Am 22.02.89 fuhr Rudolph mit dem Brief nach Berlin, um eine Abstimmung mit Mitgliedern der Initiative "Frieden und Menschenrechte" vorzunehmen.

- In der Lukaskirchgemeinde Leipzig fand am 18.02.89 um 15.00 Uhr eine Informationsveranstaltung des AK "Gerechtigkeit" für Basisgruppenvertreter statt.
  Dort verlas Rudolph den Protestbrief zu den Ereignissen in der CSSR und forderte die Gruppenvertreter auf, diesen Brief zu unterzeichnen.
  M. hielt im Anschluß einen Vortrag über existierende Oppositionsgruppen in der CSSR, insbesondere über die "Charta 77" und die derzeitige Lage in der CSSR. Er forderte zur Zusammenarbeit und zur Solidarisierung mit den "Freunden" in der CSSR auf. Er schilderte ausführlich die Vorgänge auf dem Wenzelsplatz in Prag seit dem 15.01.89 und forderte die Freiheit für alle Inhaftierten.

- Am 22.02.89 war M. im Auftrage des Trägerkreises des "KOZ" in der Zeit von 18.00 - 22.00 Uhr für die Öffnung der "Gemeindebibliothek" in der Markusgemeinde verantwortlich.

- In der Wohnung des Verdächtigen fand am 23.02.89 um 13.00 Uhr eine Zusammenkunft des AK "Gerechtigkeit" statt.

- In der Zeit vom 24. - 26.02.89 hielt sich der M. zum überregionalen Treffen "Konkret für den Frieden VII" in Greifswald auf. Gemeinsam mit Rudolph, Thomas; Arnold, Michael und Müller, Peter trat M. dort erneut negativ auf.
  M. hielt zum Thema "Informations- und Medienpolitik" in seiner Arbeitsgruppe ein Impulsreferat. Darin forderte er den freien Zugang zu allen Informationen und die Möglichkeit der Verbreitung von Untergrundmaterialien in der Öffentlichkeit. Darüber hinaus forderte er die Verbreitung der faschistischen Ideologie in der DDR, mit der Begründung, daß sich nur so jeder eine "wertfreie" eigene Meinung bilden kann. Der Protestbrief an die Regierung der CSSR, an welchem M. mitgearbeitet hatte, wurde im Plenum zum Beschluß des Seminars erhoben.
  M. unterzeichnete weiterhin einen Protestbrief des



des Ökum. Friedenskreises Forst, welcher sich gegen die Ordnungsstrafmaßnahmen des Staates, gegen das innerkirchliche Material "Aufbruch" richtet.

- Am 28.02.89 fand in der Markusgemeinde Leipzig eine Veranstaltung des AK "Gerechtigkeit" zum Thema "Wahlen" unter Teilnahme des Verdächtigen statt.

- In der Wohung des M. wurde am 02.03.89 erneut eine Zusammenkunft des AK "Gerechtigkeit" durchgeführt.

- Am 04.03.89 gegen 21.00 Uhr befindet sich M. in Halle. Von dort aus fordert er die Hans, Petra (erf. KD Altenburg) auf, von den 3 Altenburger Gruppen Unterschriften unter den Aufruf zum "DDR-weiten Aktionstag" für die Inhaftierten in der CSSR am 19.03.89, einzuholen. Die Rückmeldung soll bis zum 07.03.89 schriftlich oder telefonisch an den Verdächtigen oder an Rudolph, Thomas erfolgen.

- Am 07.03.89 nimmt M. am "Fübittgottesdienst für die Inhaftierten in der CSSR" in der Lukaskirche Leipzig teil.

- Am 10.03.89 fand auf dem Leipziger Hauptbahnhof die Verabschiedung des Kowasch, Fred (erf. KD Leipzig-Stadt), aufgrund seiner Übersiedlung in die BRD, statt. Daran nahmen insgesamt 13 Jugendliche teil. Identifiziert wurde dabei M. und seine Freundin

  Krasulsky, Silke (erf. Abt. XX/4).

  Im Zusammenhang mit der o. g. Beobachtungsmaßnahme erfolgte durch die Abteilung XIX eine Überprüfung des Wohnobjektes des Verdächtigen. Dabei wurde als neuer Mitbewohner in der Wohnung des M. folgende Person bekannt:

  Seichter, Christian
  190669 4 2495 0 / Leipzig
  Lehrling/Fernmeldeamt Leipzig
  (laut Abt. XII vom 14.03.89 - nicht erfaßt)

  Aus einer Information der Abteilung XVIII zu dem Seichter geht hervor, daß dieser am 15.01.89 an der nichtgenehmigten Zusammenkunft auf dem Leipziger Markt teilgenommen hat.

- Am 12.03.89 um 20.00 Uhr fand in der Wohnung des Rudolph eine Beratung in Vorbereitung des 13.03.89 statt. Daran nahmen die Walther, Kathrin; Hollitzer, Tobias; Quester, Roland und der Verdächtige teil. Im Anschluß äußerte M. gegenüber einer Quelle unserer DE folgendes:

"Nach dem "Friedensgebet" am 13.03.89 wird es einen Marsch von der Nikolaikirche zur Thomaskirche geben. Mit den AStA ist bereits alles abgesprochen. Sie sollen die VP angreifen. Die Fernsehkameras der BRD sollen herunter gerissen werden. Im Westfernsehen soll dies dann als Aktion der Sicherheitskräfte dargestellt werden. Die Absprache mit den BRD-Journalisten erfolgt noch heute durch Rudolph, Thomas.

- Am 13.03.89 nahm M. am "Friedensgebet" in der Nikolaikirche teil. Vor der Veranstaltung gab es am Eingang der Kirche ein Zusamme ntreffen zwischen Rudolph; M. und einem Korrespondenten des ARD. Über den Inhalt des Gespräches wurde nichts bekannt.

  Nach dem "Friedensgebet" kam es zu der geplanten, nichtgenehmigten Personenbewegung durch die Leipziger Innenstadt. Die ca. 300 Teilnehmer zogen mit Sprechchören bis zum Marktplatz, wo die Auflösung erfolgte. Der Verdächtige beteiligte sich nicht an dieser "Aktion", sondern führte Gespräche in und vor der Nikolaikirche.
  . In diesem Zusammenhang wurde bekannt, daß er erneut für den 1. Mai 1989 plant, mit einem eigenen Transparent in Borna zu demonstrieren.

- Am 14.03.89 besuchte der Verdächtige um 19.00 Uhr den "Fürbittgottesdienst für die Inhaftierten in der CSSR" in der katholischen Liebfrauengemeinde.

- Organisiert durch Oehler, Bernd fand am 15.03.89 um 20.30 Uhr im Konvikt des ThSL in der Seeburgstr. 21 ein Treffen des Vorbereitungskreises für den "Aktionstag für die Inhaftierten in der CSSR" statt. Daran nahmen u. a. teil:

  - Heide, Gabriele
  - Schwabe, Uwe
  - Arnold, Michael
  - Dusdal, Edgar
  - Gerlach, Thomas
  - Wolf, Matthias
  - Moritz, Brigitte ab 21.30 Uhr
  - Müller, Peter ab 21.30 Uhr
  - Müller, Rainer ab 22.45 Uhr
  - Ludwig, Andreas ab 23.15 Uhr

  Während der Beratung wurde der Ablauf für den "Aktionstag" abgestimmt und festgelegt.

M. kam später zu dieser Zusammenkunft, da er gemeinsam mit der Drohberg, Kathrin an einem Treffen im Kovikt des ThSL in der Paul-List-Straße 17 mit BRD-Bürgern und einem Journalisten teilgenommen hatte. Bei dem Journalisten handelte es sich nach dem Anmeldeformular mit hoher Wahrscheinlichkeit um den Kulturredakteur der "TAZ" aus WB:

Widmann, Arno
080846 / Frankfurt
wh. Berlin-West, Goethestr. 68
(Aufenthalt in Leipzig vom 13. - 15.03.89)

Der Journalist wurde einige Tage zuvor durch seine Redaktion bei der Drohberg telefonisch angemeldet.

- Am 18.03.89 nahm M. an einem internen überregionalen Treffen organisiert vom AK "Gerechtigkeit", um 10.00 Uhr im ThSL teil. Daran nahmen u. a. die Mitglieder der Initiative "Frieden und Menschenrechte" Berlin

  - Böttcher, Till (BV Berlin, Abt. XX)
  - Grimm, Peter (BV Berlin, KD Köpenick)
  - Fischer, Werner (erf. HA XX/9)

  teil. Zum Inhalt liegen keine Erkenntnisse vor.

- Am 19.03.89 fand in der Markusgemeinde Leipzig der sog."DDR-weite-Aktionstag" für die Inhaftierten in der CSSR unter Leitung des Oehler, Bernd statt. M. beteiligte sich an der Veranstaltung, in dem er Textauszüge aus der Untergrundzeitung "Varia" über die "Prager Woche" vortrug. Hierbei wurden Angriffe gegen die Literaturzensur der CSSR und gegen die Staatssicherheitsorgane der CSSR vorgebracht. Während der Veranstaltung wurden 2 Untergrundmaterialien durch Rudolph, Thomas - hergestellt vom AK "Gerechtigkeit" - verkauft.

  Dabei handelt es sich um

  - "Die Mücke" (35 Seiten) zu den Ereignissen im Januar 1989 in Leipzig
  - "Varia" (26 Seiten) Arbeitstexte zum DDR-weiten Aktionstag für die Inhaftierten in der CSSR mit Texten von Vaclav Havel.

An der Herstellung der beiden o. g. Untergrundmaterialien ist M. nach inoffiziellen Hinweisen mitbeteiligt.

- Zum "Friedensgebet" am 20.03.89 überstieg M. gemeinsam mit Schwabe, Uwe das Absperrseil in der Nikolaikirche und entfaltete an der Empore über der Jugendkapelle, mit einer weiteren unbekannten männlichen Person, ein Transparent. Darauf stand "Freiheit für Havel und alle politischen und religiösen Inhaftierten in der CSSR". Arnold, Michael fotografierte den Sachverhalt und übergab den Film an Rudolph, Thomas. Dieser will den Film an westliche Medien übergeben.

- Die bisher eingeleiteten Disziplinierungsmaßnahmen sowie Ordnungsstrafen und strafprozeßuale Maßnahmen, zeigten beim Verdächtigen keinerlei Wirkung. Erneut trat M. unverzüglich nach seiner Untersuchungshaft im Januar 1989 mit demonstrativen öffentlichkeitswirksamen Handlungen in Erscheinung und versuchte verstärkt seinen konfrontativen Kurs gegenüber staatlichen Organen fortzusetzen. Hierbei wurde wiederum die unbelehrbare und verfestigte feindlich-negative Haltung des Verdächtigen deutlich. Begünstigend für die Fortsetzung der Aktivitäten des M. ist die Tatsache, daß sowohl die Ordnungsstrafen und das eingeleitete Ermittlungsverfahren aufgrund zentraler politischer Entscheidungen nicht realisiert bzw. eingestellt wurden. Außerdem nutzt der Verdächtige, da er ohne Arbeitsrechtsverhältnis ist, seinen gesamten Zeitfond für die Untergrundaktivitäten.

- Entsprechend der Jahresplanaufgabenstellung zum OV erfolgte eine Präzisierung der Bearbeitungskonzeption, ausgewiesen im Komplex "Spuk". Durch den stellv. Leiter der Abteilung, Gen. Oberstleutnant Tinneberg wurde am 10.01.89 mit dem Leiter der HA XX/9, Gen. Oberst Reuter eine Koordinierungsabsprache realisiert.

- Zur Realisierung von Maßnahmen der Abteilung 26/B zum OV (Jahresplanaufgabe) wurden im Wohngebiet des Verdächtigen umfangreiche Aufklärungs- und Vorbereitungsarbeiten durchgeführt. Aufgrund einer zentralen Weisung erfolgte am 30.01.89 durch die Abteilung 26 die Aussetzung der geplanten Maßnahme.

- Aufgrund der im 1. Quartal 1989 eingetretenen neuen politisch-operativen Lage ist zur konzentrierten Bearbeitung

des politisch-operativen Schwerpunktes OV "Juris" und OV "Märtyrer" eine Präzisierung der Bearbeitungskonzeption vorzunehmen, welche durch den stellv. Leiter der Abteilung XX im Monat April 1989 mit der HA XX/9 abgestimmt wird.

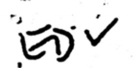
Leiter der Abteilung

i. A. Strenger
Major

Große
Hptm.

BV für Staatssicherheit
Abteilung XX/4

Leipzig, 30. Juni 1989
gr-la



Q u a r t a l s e i n s c h ä t z u n g   II/89

1.
OV "Märtyrer" - Reg.-Nr. XIII 728/87

1 DDR-Bürger

Par. 106, 214, 217 und 218 StGB

eingeführte IM: IMB "Fuchs"
IMB "Maria"

eingesetzte IM: IMB "Wilhelm" ✓

Operativplan vom 23. 5. 1989.

2.
Im Berichtszeitraum setzte der Verdächtige seine Aktivitäten im Sinne einer politischen Untergrundtätigkeit fort und gehörte zu den Inspiratoren und Hauptorganisatoren operativ-relevanter, feindlich-negativer Aktivitäten im Raum Leipzig.
Unter dem Einfluß des RUDOLPH, Thomas (OV "Juris" BV Leipzig, Abt. XX/9) stehend, realisierte er Vorbereitungshandlungen und war unmittelbar bei der Organisierung von Aktionen der Leipziger PUT-Exponenten beteiligt.
Die Zielstellungen seiner demonstrativen Handlungen bestehen in der

- Zusammenführung feindlich-negativer Kräfte und Erhöhung der Massen- und Öffentlichkeitswirksamkeit bei durchgeführten Aktionen;

- Schaffung einer breiten Basis für die "innere Opposition" in der DDR zur Störung deren Innen- und Außenpolitik.

Schwerpunkte bildeten dabei beim Vorgehen und Wirksamwerden des Verdächtigen im Berichtszeitraum die Themen

- angebliche Menschenrechtsverletzungen in der DDR sowie anderen sozialistischen Staaten;

- die sozialistische Demokratie, insbesondere die Volkswahlen am 7.5.89;

- der Umweltschutz (Pleißemarsch, Anti-KKW-Aktion Börln).

Folgende wesentliche Handlungen des Verdächtigen im Berichtszeitraum belegen diese Einschätzung:

- M. ist nach wie vor fest im AK "Gerechtigkeit" integriert. Am 10.4.89 ~~gestaltete~~ der AK das montägliche "Friedensgebet" in der Nikolaikirche, wo der Verdächtige im Anschluß an diese Veranstaltung eine Unterschriftensammlung gegen Menschenrechtsverletzungen im Iran durchführte und zum Wirtschaftsboykott und Abbruch der diplomatischen Beziehungen aufforderte.

Am 11.4.89 wurde in einer internen Beratung des AK beschlossen, daß M. und RUDOLPH eine monatliche finanzielle Unterstützung von 125,-- Mark aus der AK-Kasse erhalten.

- Vom 21.- 23.4.89 hielt sich Mü. in Stendal zum sog. Energieseminar auf. Intern kündigte er demonstrative Aktivitäten gegen den geplanten Bau eines KKW im Bezirk Leipzig an. Hierbei erwähnte er u.a.

  . die Durchführung von Flugblattaktionen

  . die Organisierung einer Fahrraddemonstration Anfang Juni am geplanten Standort des KKW mit Transparenten und Losungen auf der Kleidung;

  . die Nutzung des 2. "Pleißemarsches" am 4.6.89 und des "Straßenmusikfestivals" am 10.6.89 in Leipzig.

- Am 25.4.89 traf M. um 21.30 Uhr mit dem Zug in Stendal ein. Am 26.4.89 um 05.05 Uhr wurde M. auf dem Bahnhof in Stendal durch die Transportpolizei aufgrund seines undurchsichtigen Verhaltens und seines dekadenten Äußeren kontrolliert und zum VPKA Stendal zugeführt.
  Um 6.20 Uhr kam es ebenfalls auf dem Bahnhof in Stendal zu einer Handzettelverbreitung durch 4 bekannte Personen des Verdächtigen.
  M. informierte sofort den Probst von Stendal, Bärbel BOHLEY in Berlin und RUDOLPH, Thomas in Leipzig, RUDOLPH informierte die westlichen Medien über die Zuführungen, sowie den Werner FISCHER ausBerlin und die Petra HANS aus Altenburg.
  Am 26.4.89, gegen 15.00 Uhr fuhr M. wieder mit dem Zug zurück nach Leipzig.

- In Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 1.5.89 sprach am 27.4.89 M. gemeinsam mit Frank SELLENTIN (OV "Leben" KD Stadt) beim FDGB-Stadtvorstand Leipzig vor und beantragte einen Stellbereich zur Teilnahme an der Maidemonstration in Borna. M. trat provozierend auf und äußerte, daß die ZK-Losungen für den 1. Mai sehr eingeengt sind.
  Außerdem brachte er seine Unzufriedenheit darüber zum Ausdruck, daß Umweltgruppen, Kirchgemeinden u.a. keine Stellbereiche zur Maidemonstration erhalten. M. wurde abschließend an den FDGB-Kreisvorstand Borna verwiesen.
  Am 1.5.89 wurde M. unter operativer Kontrolle gehalten und unmittelbar vor der Demonstration in Borna zugeführt.

- Am 2.5.89 sprach M. beim Rat des Bezirkes Leipzig, RB Energie vor und bat um Informationen zum angeblich geplanten Bau eines KKW in der Dahlener Heide. Er berief sich bei seinen Ausführungen auf den Gemeindepfarrer in Börln. Ihm wurde die im Rat des Bezirkes abgestimmte Information zum KKW-Bau gegeben.

- Der Verdächtige beteiligte sich unmittelbar an der Aktion der "Basisgruppen" zur Teilnahme an der Wahlauszählung am 7.5.89, dessen Auswertung und Dokumentation.
  Entsprechend den Instruktionen des RUDOLPH (OV "Juris") hielt sich M. am Wahltag mit öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten zurück und trat nicht in Erscheinung.
  Im Ergebnis der Befragung des SCHMOLL, Thomas durch die Abt. IX wurde bekannt, daß M. den AP-Reporter SCHWELZ über die vorbeugenden Befragungen am 5.5.89 (angeblich 15 Zuführungen in Leipzig) telefonisch informierte. M. wurde an diesem Tag ebenfalls in der Abt. IX der BV Leipzig befragt und bezüglich des 7.5.89 vorbeugend diszipliniert.

- Entsprechend den Festlegungen des internen Treffens von Leipziger PUT-Exponenten am 13.4.89 zur Vorbereitung weiterer Aktivitäten zur Unterstützung der Inhaftierten in der CSSR versuchte M. am 12.5.89, in die CSSR auszureisen und Kontakt zu den CSSR-PUT-Exponenten herzustellen. Die Ausreise von M. wurde nicht gestattet. Er wurde von Mitarbeitern der GÜSt Bad Schandau und Schmilka zurückgewiesen. In diesem Zusammenhang beschwerte sich M. nachfolgend bei den verschiedensten Dienststellen (einschließlich Abt. IX /BV Leipzig).

- Am 20.5.89 nahm M. mit anderen Mitgliedern des AK "Gerechtigkeit" an einer Informationsveranstaltung im ThSL teil. Es wurden dabei die Aktionen am 1. und 7.5.89 ausgewertet sowie der Pleißemarsch (4.6.), das Straßenmusikfestival (10.6.) und die KKW-Demonstration am 11.6. vorbereitet. Für die letztgenannte Aktion in Börln setzte der M. sich vorrangig ein und kündigte öffentlichkeitswirksame Aktivitäten an.

- Am 25.5.89 erfolgte im Zusammenhang mit Maßnahmen des Vorgangskomplexes "Spuk" eine operative Befragung des Verdächtigen in der Abt. IX der BV Leipzig. Während der Befragung setzte M. seine bisher gegenüber dem Untersuchungsorgan gezeigte Verhaltensweise (keinerlei Aussagen) fort. Nach dem Verlassen des Gebäudes des VPKA führte der MA der Abt. IX, nach einem entsprechenden Vorschlag von M., ein zwangloses Gespräch unter vier Augen. Dabei bekannte sich der Verdächtige zu folgenden Zielstellungen und Aktivitäten seiner Person:

  . Abschaffung des MfS und sämtlicher Behörden;

  . er und die Mitglieder der AG "Menschenrechte" haben alle Flugblattaktionen zur "demokratischen Umgestaltung" durchgeführt;

  . M. hat sich bewußt mit westlichen Medienvertretern (SCHWELZ) in Verbindung gesetzt und diese über alle Maßnahmen der Sicherheitsorgane informiert;

  . um die Massenwirksamkeit seiner Gruppe zu erhöhen, haben sie den "Pleißemarsch" und das "Straßenmusikfestival organisiert.

- Am 29.5.89 nahm M. am "Friedensgebet" in der Nikolaikirche teil und wurde im Anschluß daran durch Kräfte der VP zugeführt. Gegen M. wurde in diesem Zusammenhang ein OSV eingeleitet und 300,-- M. Ordnungsgeld verfügt.

- Mit der Zielstellung, provokative Aktivitäten des M. im Zusammenhang mit dem staatlich nicht genehmigten sog. "2. Pleißemarsch" am 4. 6. 1989 in Leipzig vorbeugend zu verhindern, wurden offensive Maßnahmen realisiert. M. wurde beauflagt, am 4. 6 89 sein Wohnobjekt nicht zu verlassen; dies wurde durch eine offensive operative Beobachtung kontrolliert. M. trat am 4. 6. 1989 im Handlungsraum nicht in Erscheinung.

- Am 9.6.89 fand am Abend in der Wohnung des M. eine letzte Abstimmung des AK "Gerechtigkeit" zu den geplanten Aktivitäten am 10.6. (Straßenmusikfestival) und 11.6. (Umweltaktio in Börln) statt. M. kündigt seine Teilnahme an beiden Veranstaltungen an, wobei sein Engagement besonders auf die Umwel schutz-Demonstration in Börln gerichtet ist. Desweiteren stimmte der AK Maßnahmen zur China-Problematik ab.

- Am 10.6.89 wurde M. erneut unter offensive operative Kontrol gestellt und beauflagt, die Leipziger Innenstadt nicht zu betreten. Eine Teilnahme des M. am "Straßenmusikfestival" konnte dadurch verhindert werden. Am Nachmittag beteiligte sich der M. an einer internen Beratung von Leipziger PUT-Exponenten im Gemeindehaus der Lukasgemeinde, welche unter Leitung von Pfr. WONNEBERGER stand.

- Zum Umwelttag in Börln am 11.6.89 nahm M. aktiv teil. Eine von ihm mit anderen relevanten PUT-Kräften von Umweltgruppen initiierte Demonstration zum Baustandort des KKW fand nicht statt (schlechtes Wetter, kein Interesse durch verantwortliche Amtsträger). Der M. baute zuvor seine Anti-KKW-Ausstell auf. Da sich seine Vorstellungen von öffentlichkeitswirksamprovokativen Aktionen nicht erfüllten, verließ er die Veranstaltung bereits vorzeitig. Insgesamt wurde im Zusammenhang mit dieser Aktion deutlich, daß sich M. stark für die KKW-Problematik (Dahlener Heide) interessiert und engagiert. Dabei ist auch die Veröffentlichung im "Streiflicht - Extra" der AG "Umweltschutz" des Jugendpfarramtes von Mitte April 8 zu beachten, welche M. erarbeitete.

- Derzeitig bereitet M. gemeinsammit anderen Mitgliedern des AK "Gerechtigkeit" sowie anderen PUT-Exponenten aus dem Raum Leipzig Aktivitäten für den KTK/KT vom 5. - 9.7.89 vor. Dabe ist vorrangig mit einer aktiven Teilnahme des M. am "Kirche von unten" in der Lukaskirchgemeinde zu rechnen.

Neben der Dokumentierung aller vorgenannten wesentlichen Aktivitäten des M. im Berichtszeitraum wurden Maßnahmen zur Klärung der arbeitsrechtlichen Situation, mietrechtlichen Fragen sowie mögliche Rückstände bei der Bezahlung von Ordnungsstrafen und Energiekosten realisiert, welche zu einem geeigneten Zeitpunkt zur Disziplinierung des M. verwandt werden können.
Darüber hinaus erfolgte eine Zusammenführung aller offiziell auswertbaren Fakten zur Diskreditierung des M. und anderer PUT-Exponenten gegenüber kirchenleitendenPersonen.

3.
Die weitere Bearbeitung des OV "Märtyrer" erfolgt entsprechend dem Operativplan vom 23.5.89 unter vorrangiger Beachtung der festgelegten Maßnahmen des Vorgangskomplexes "Spuk".

Leiter der Abteilung

i.A. Strenger
Major

Große
Hauptmann